



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen der  
Deutschen Cochlea Implantat Gesellschaft e. V.**

**1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dem Thema Hörverlust und Hörversorgung in der Bevölkerung eine größere Aufmerksamkeit auch seitens der Politik eingeräumt und beispielsweise ein bundesweites „Kompetenznetzwerk Hören“ mit Vertretern aus Medizin, Politik und der Selbsthilfe gegründet wird?**

**Antwort:**

CDU und CSU sind der Auffassung, dass Inklusion im Allgemeinen und die Belange von Menschen mit Hörbehinderungen im Besonderen weltweit gestärkt werden müssen. Speziell beim Thema Ausbau der barrierefreien Kommunikation wollen wir Fortschritte erzielen und wirkungsvolle Inklusion im Alltag noch mehr leben. Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig es ist, dass Informationen auch in Gebärdensprache übersetzt bzw. Schriftdolmetschung und Untertitelungen erfolgen. Wir unterstützen Bestrebungen, die eine enge Vernetzung von allen gesellschaftlichen Akteuren zum Ziel haben.

**2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Ausgleichsabgabe für Betriebe erhöht wird, welche die Mindestanzahl an schwerbehinderten Mitarbeiter\*innen unterschreiten?**

**Antwort:**

Bei vielen Menschen tritt die Behinderung erst während des Arbeitslebens ein. Oft kann ein gutes betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) eine anschließende Arbeitslosigkeit verhindern. Die Ausgleichsabgabe, die Unternehmen zahlen müssen, wenn sie nicht die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von schwerbehinderten Menschen beschäftigen, sollte ausschließlich für Maßnahmen zur Schaffung von Ausbildung und Arbeit für Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt verwandt werden. Unser Ziel ist es, mehr Unternehmen zu überzeugen, mehr Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen.

**3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei dem Thema Hörverlust die präventiven Maßnahmen ausgebaut werden und beispielsweise daraufhin wirken, dass Hörtests Teil der Vorsorgeuntersuchungen ab 50 Jahren werden?**

**Antwort:**

Unser Leitbild ist eine medizinische Kultur, die dem ganzen Menschen dient und auf stetigen Fortschritt setzt. Dafür wollen wir Patientenorientierung, therapeutische Wahlfreiheit, Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation stärker in den Mittelpunkt unserer Maßnahmen stellen.

**4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Eltern, die ihre Kinder mit (Hör-)Behinderung fördern und somit viele zusätzliche Termine wahrnehmen müssen, keine finanziellen Nachteile insbesondere bei der Rente entstehen?**

**Antwort:**

Klar ist für uns: Eine gute Familienpolitik ist die beste Inklusionspolitik. Insbesondere für Eltern, die ein Kind mit Pflegegrad 2 oder höher haben, übernimmt die Pflegeversicherung für die Pflegeperson Beiträge an die gesetzliche Rentenkasse, wenn das Elternteil weniger als 30 Wochenstunden erwerbstätig und die Pflege mindestens zehn Stunden an wenigstens zwei Tagen pro Woche umfasst.

**5. Tracking-Zentralen des Neugeborenen-Hörscreenings sind ein wichtiges Werkzeug für die frühzeitige Versorgung hörgeschädigter Kinder. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es in jedem Bundesland Hörtracking-Zentralen gibt und die Finanzierung bundeseinheitlich geregelt und sichergestellt wird?**

**Antwort:**

Ein Neugeborenen-Hörscreening ist Teil des Leistungsangebots der gesetzlichen Krankenkassen. Damit wird das Gehör von Neugeborenen zuverlässig direkt in der Klinik oder beim Kinderarzt getestet.

**6. Werden Sie Ihre Wahlkampfveranstaltungen und sonstigen Veranstaltungen (sowohl online als auch offline) grundsätzlich barrierefrei für hörgeschädigte Menschen gestalten? D.h. insbesondere Schriftdolmetscher\*innen einsetzen?**

**Antwort:**

Bei der Planung unserer Veranstaltungen wird Barrierefreiheit immer mitgedacht. Diese werden wir nach Möglichkeit barrierefrei für hörgeschädigte Menschen gestalten.

**7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Anteil an Untertiteln sowohl im öffentlich-rechtlichen, als auch im privaten Fernsehen kontinuierlich gesteigert wird, sodass 100% UT am Ende der kommenden Legislaturperiode keine ferne Vision mehr sind?**

**Antwort:**

Wir setzen uns für eine barrierefreie Medienvielfalt in Deutschland ein. Menschen mit Behinderung sollen ihr Recht auf informatorische Selbstbestimmung wahrnehmen können. Daher wollen wir mehr barrierefreie Fernseh-, Radio- und Internetangebote der öffentlich-rechtlichen und der privaten Medien. Bestehende barrierefreie Medienangeboten durch Gebärdensprache und Untertitelungen sind gute Ansätze und sollen ausgebaut werden.

**8. Hörgerechtes Bauen umfasst mehr als lediglich ein paar Filzpaneele an der Wand. Von einer guten Raumakustik profitieren alle: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dem Aspekt „Hören und Verstehen“ beim Bauen in Zukunft gerade auf gesetzlicher Ebene eine größere Bedeutung beigemessen wird?**

**Antwort:**

Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) weiterentwickeln und hierbei Barrierefreiheit verstärkt in den Blick nehmen. Wir wollen eine verbindliche Festlegung des Begriffs der „Barrierefreiheit“. In Zukunft muss klar sein, was die Abgrenzung dieses Begriffs zum

Beispiel im Bauordnungsrecht zu anderen Begriffen wie „rollstuhlgerecht“ angeht. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass die Baunormen (beispielsweise zur Raumakustik) regelmäßig im Hinblick auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.